

Falsche Behauptungen

Der Kanton Basel-Stadt hat zwei schmerzhaft Sparpakete hinter sich. Die Sozialhilfe wurde gesenkt, Klassengrößen erhöht. Mehrere hundert Staatsstellen wurden abgebaut. Trotzdem wollen die Bürgerlichen Parteien mit zwei Volksinitiativen die Einnahmen um ca. 120 Mio. (SVP) und ca. 140 Mio. Franken (CVP) weiter senken. Zur Begründung werden immer wieder falsche Behauptungen aufgestellt. Ein Beispiel dafür war der Gastbeitrag des SVP-Grossrates Bernhard Madörin, der in der BAZ vom 23. Dezember erschienen ist. Er schrieb dort, Basel hätte die höchsten Steuern („Schlusslicht“), hätte in den letzten Jahren „keine substantielle“ Senkung getätigt, würde pro Einwohner 50% mehr einnehmen als Baselland und die besten Steuerzahler würden abwandern. Ferner schrieb er, „die Schulden nehmen zu“ und „eine Schuldenbremse gibt es nicht“. Zur Deckung der Ausfälle reiche es, „die staatliche Pensionskasse auf das Niveau wie in BL“ hinunterzufahren. Diese Behauptungen müssen richtig gestellt werden. Sie stimmen nicht.

Basel im Mittelfeld

In zwölf Kantonen sind die Steuern für private Personen höher als bei uns. Basel-Stadt liegt zusammen mit Graubünden genau in der Mitte des gesamtschweizerischen Steuervergleichs. Nachzulesen im Gesamtindex der Steuerbelastung 2004 der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

Substanzielle Senkung

Basel hat ab 2003 die Einkommenssteuer um 5,5 % und die Vermögenssteuer um 10 % gesenkt. Die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen wurde abgeschafft. Basel-Stadt hatte 2004 einen Totalindex der Einkommens- und Vermögensbelastung der natürlichen Personen von 112,1, Basel-Landschaft von 90,3. Gemessen an diesem Index ist die durchschnittliche Belastungsunterschied zwischen den Nachbarkantonen in den letzten Jahren leicht gesunken.

Schuldenbremse

Der Grosse Rat hat im vergangenen Jahr das Gesetz für eine Schuldenbremse verabschiedet. Die Verschuldung pro Einwohner unseres Kantons hat in den letzten 5 Jahren (von 1999 bis 2004) um 7% auf Fr. 18'500.- abgenommen.

Grossverdiener

Basel-Stadt verliert zwar jährlich Einwohner. Es lässt sich mit den heute verfügbaren Informationen aber nicht belegen, dass vor allem die guten Steuerzahler wegziehen. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage von Herrn Madörin hat die Regierung sogar aufgezeigt, dass ausgerechnet in der höchsten Einkommensklasse mehr Leute zu- als weggezogen sind.

Sparpotential

Steuerausfälle von 120 Millionen lassen sich nicht auffangen, indem man die Leistungen der Basel-städtischen Pensionskasse an diejenige von Basel-Landschaft angleicht. Auch dieser Behauptung fehlt die Grundlage. Nach unseren Schätzungen bräuchte eine solche Anpassung lediglich Einsparungen von rund 25 Mio. Franken.

Kurzum, die Behauptungen mit denen die SVP ihre Steuersenkungen begründet, sind falsch oder lassen sich nicht belegen. Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Staatsfinanzen gehört auch ein verantwortungsvoller Umgang mit den Fakten.

Beat Jans

Grossrat und Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben